

STATT WOWEREIT-SHOW

Hauptstadt-Agenda nötig



Nicolas Zimmer, CDU-Fraktionsvorsitzender

fen vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in eine weitaus schlechtere Position gebracht hätte. Das hätte auch Wowereit wissen müssen.

Im Gegensatz zu Wowereits Vorschlag, der nur die Pro-

'Berlin als deutsche Hauptstadt und Metropole', in dem die Hauptstadtaufgaben,

rung statt. Am Ende steht der Abschluss eines Hauptstadtvertrages zwischen Bund,

Ländern und Berlin, in dem Aufgaben und Finanzierung der Hauptstadtfunktion auf eine angemessene und die Lasten gerecht verteilende Grundlage gestellt werden.

Wowereit ist gut beraten, die CDU-Agenda zu übernehmen und konkrete Vorschläge zu machen, wie er Berlins Rolle im Bund neu definiert. Die Berliner CDU-Fraktion wird mit ihrer Hauptstadt-Agenda dazu ihren Beitrag leisten und bietet dem Regierenden Bürgermeister hierfür ihre Unterstützung an.

Von Nicolas Zimmer



Foto: © Partner für Berlin / FTB-Werbefotografie

Der Regierende Bürgermeister ist mit seinem Versuch gescheitert, Berlins finanzielle Ansprüche als Hauptstadt im Grundgesetz zu verankern.

Er hat alles auf eine Karte gesetzt, alles verspielt und damit gezeigt, dass er nicht in der Lage ist, die Interessen Berlins im Bund und gegenüber den anderen Ländern zu vertreten. Wowereits Hauptstadt-Klausel hat sich als reine PR- und Show-Nummer, die von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen ist, herausgestellt. Die rot-grüne Bundesregierung hat diese Initiative bereits im Vorfeld abgelehnt, weil eine Klausel den Bund hinsichtlich der Klage Berlins auf Bundeshil-

bleme Berlins beschreibt, nicht aber löst, hat die Berliner CDU-Fraktion mit ihrer Hauptstadt-Agenda konkrete Vorschläge zur Rolle Berlins im Bund unterbreitet. Diese Forderungen, die auf der Münchener CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz im Juni von allen Teilnehmern einhellig begrüßt worden sind, beinhalten einen Hauptstadtvertrag und einen Hauptstadthaushalt, mit denen eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Berlin gewährleistet ist.

Konkret: Der Hauptstadthaushalt muss alle durch die Hauptstadtfunktion veranlassten Aufwendungen des Landes enthalten. Wir brauchen zudem ein Leitbild

aber auch Fragen zukünftiger staatsrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten für die Gebietskörperschaft Berlin geklärt werden. Nachdem die Beschlussfassung des Senats und des Abgeordnetenhauses zum Leitbild vorliegt wird dieses gemeinsam mit dem Hauptstadthaushalt das Angebot an Bund und Länder für einen Hauptstadtvertrag sein. Daraufhin findet in Berlin auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters ein Hauptstadt-Gipfel der Länderministerpräsidenten und Vertretern der Bundesregie-

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Reformen muss man richtig machen!

Joachim Zeller: „Wenn es sich abzeichnet, dass die mangelhafte Umsetzung durch Bundesregierung und Senat ausschließlich zu Lasten der Betroffenen geht, dann muss irgendwann die Reißleine gezogen werden. Hier muss das Abgeordnetenhaus jetzt sofort Druck in Richtung Senat machen. Grundsätzlichen Dissens über Hartz IV gibt's nur innerhalb der SPD/PDS-Koalition.“ Etwa 100 Arbeitstage vor dem Start sind in Berlin we-

und Sozialhilfebezieher allenfalls zu einer Nummer und zu einem technischen Auszahlungsfall. Sollte die nötige Software wie angekündigt ab Anfang November einsatzbereit sein, blieben allenfalls 40 Arbeitstage für die komplette Erfassung der jeweils



Joachim Zeller, CDU-Landesvorsitzender

der Computersoftware zur Erfassung für rund 450.000 Einzelfälle vorhanden, noch sind die nötigen internen Datenetze verfügbar, Personal- und Raumprobleme sind nicht abschließend gelöst, und für die ostdeutschen Bundesländer einschließlich Berlin sind Maßnahmen zur Vermittlung am Arbeitsmarkt nicht einmal ansatzweise zu erkennen. Zudem kann man bei einem Mitarbeiter für 150 betroffene Menschen von einer Förderung und Betreuung ohnehin nicht ausgehen. „Im Januar wird jeder Berliner Arbeitslose

16-seitigen Formulare sowie die Berechnung der künftigen Auszahlungsbeträge. Schon dies ist hochriskant. Es darf keinerlei Verzögerung geben,“ so Joachim Zeller. Sollten weitere politisch geschuldete Änderungen oder Nachbesserungen erfolgen, kippe ohnehin das gesamte System samt Zeitfahrplan, so Zeller. Joachim Zeller: „Über die Alternative „Kopf durch die Wand“ oder „Umsetzung mit Augenmaß“ muss spätestens dann verantwortungsbewußt geredet werden, ohne die Reformen im Ganzen zur Disposition zu stellen.“

INGO SCHMITT: WEGEN ROT-ROT WENIGER EU-FÖRDERMITTEL

44 Millionen Euro nicht genutzt

Es ist fast schon beängstigend, wie leichtfertig der Berliner Senat mit der Zukunft der Stadt umgeht. Gerade in Zeiten knapper Kassen müssen die wenigen verbleibenden Spielräume um so entschiedener genutzt werden. Was der Wirtschaftssenator Harald Wolf und seine Senatsverwaltung veranstalten, spottet jeder Beschreibung.

Noch bis 2006 stehen im Rahmen des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) der EU beträchtliche Fördermittel für Entwicklung und Ausbau der hiesigen Infrastruktur sowie zur Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Der Senat jedoch bleibt untätig. Anfang diesen

Jahres war bekannt geworden, dass Berlin 44 Millionen Euro nicht in Anspruch genommen hatte. Und dennoch werden auch in 2004 wieder nicht alle Fördergelder vom Senat abgerufen. So werden bis Jahresende noch weitere 13 Millionen Euro aus dem EFRE-Topf bereit stehen, und Berlin hat es nicht nötig, diese Gelder zu nutzen. Das einzige, was der Senator zu diesem ungeheuerlichen Vorgang verlauten ließ, war die Bemerkung, die Zahlen seien etwas zu hoch gegriffen. Wie beruhigend.

Die Politik von Herrn Wolf passt in das Bild, wie der rotrote Senat insgesamt Politik macht. Trotz aller Zwänge Berlins darf nicht an den fal-

schen Stellen gespart werden. So zerstört man die Perspektiven der Stadt. Indem EU-Gelder nicht abgerufen werden, wird die Chance vertan, die wenigen Mittel Berlins durch intelligente Investitionen zu verdoppeln, denn für sehr viele EU-Fördermittel gilt nämlich das Prinzip der hälftigen Finanzierung. Das heißt, die EU stellt die Summe, die der Senat bereit ist, in ein bestimmtes Projekt zu investieren, noch einmal in der gleichen Höhe zur Verfügung. Ein simples Rechenspiel, das eigentlich auch für die Wirtschaftsverwaltung nachvollziehbar sein müsste.

Von Ingo Schmitt,
Mitglied im Europäischen Parlament